

11. MAI 2026

Verhandlungsverfahren nach der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV)
Technische Ausrüstung, Anlagengruppen 1-6 und 8

C – TEILNAHMEANTRAG

INHALT

1 /	Verfahrenshinweise.....	3
2 /	Angaben Bewerber	4
2.1 /	Einzelbewerber	4
2.2 /	Bewerbergemeinschaft.....	5
2.3 /	Eignungsleihe	5
2.4 /	Auskünfte nach GWB	5
2.5 /	Verpflichtungserklärung HVTG.....	6
2.6 /	Eigenerklärung Russlandsanktionen	7
3 /	Berufsstand	8
3.1 /	Handels-/ Partnerschaftsregister	8
4 /	Leistungsfähigkeit.....	9
4.1 /	Haftpflichtversicherung	9
4.2 /	Jahresumsatz.....	9
4.3 /	Festangestellte Beschäftigte	10
4.4 /	Referenzen	11
5 /	Bestätigung	16
5.1 /	Bestandteile des Teilnahmeantrags.....	16
5.2 /	Bestätigung	16
6 /	Anlagen.....	17

1 / VERFAHRENSHINWEISE

A) **Verfahrenssprache**

Die Teilnahmeanträge und auch die Angebote sind in deutscher Sprache einzureichen. Sofern ein fremdsprachiger Nachweis als Bestandteil eines Teilnahmeantrags oder Angebots vorgelegt wird, ist neben dem Nachweis jeweils eine beglaubigte Übersetzung des Nachweises vorzulegen.

B) **Begriffsbezeichnungen**

Unter dem nachfolgenden Begriff „Bewerber“ werden Einzelbewerber (natürliche oder juristische) oder Zusammenschlüsse solcher (Bewerbergemeinschaften) zusammengefasst. Sofern Einzelbewerber oder Bewerbergemeinschaften in den nachfolgenden Kapiteln bzw. Vergabeunterlagen nicht ausdrücklich genannt werden, sind diese grundsätzlich unter dem Begriff „Bewerber“ zu verstehen.

C) **Vergabeplattform**

Bewerber, die an dem Vergabeverfahren teilnehmen wollen, sind verpflichtet, sich mit einer eindeutigen Unternehmensbezeichnung sowie einer E-Mail-Adresse auf der Vergabeplattform zu registrieren. Nicht registrierte Unternehmen müssen sich eigenverantwortlich auf der Vergabeplattform zum aktuellen Stand des Vergabeverfahrens informieren (Holschuld). Tun Sie das nicht regelmäßig, tragen Sie das Risiko, eine Information zu verpassen und ein Angebot auf der Grundlage veralteter Vergabeunterlagen zu erstellen und daraufhin auf Grund fehlerhafter Unterlagen vom Verfahren ausgeschlossen zu werden.

D) **Bewerbungsunterlagen**

Die Bewerbungsunterlagen beinhalten alle notwendigen Informationen zur Bearbeitung des Teilnahmeantrages. Enthalten die Bewerbungsunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat er den Auftraggeber unverzüglich darauf hinzuweisen. Fragen des Bewerbers zum Vergabefahren sind ausschließlich über die Vergabeplattform bis spätestens sieben Tage vor der jeweiligen Abgabefrist zu richten. Der Auftraggeber behält sich vor, nach diesem Zeitpunkt eingehende Fragen nicht mehr zu beantworten.

E) **Abgabe Teilnahmeantrag**

Für die Einreichung des Teilnahmeantrags ist das Formblatt mit der Bezeichnung „Teilnahmeantrag“ sowie bei Bedarf die Bewerbergemeinschaftserklärung (**Anlage C1**) bzw. die Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (**Anlage C2**) bzw. die Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer (**Anlage C3**) zu verwenden. Der Teilnahmeantrag sowie die geforderten Nachweise und Anlagen sind ausschließlich über die Vergabeplattform einzureichen. Entscheidend dabei ist der Eingang der Unterlagen, auf der Vergabeplattform und nicht der Zeitpunkt, zu dem das Versenden des Teilnahmeantrags gestartet wurde. Bitte berücksichtigen Sie daher einen ausreichenden zeitlichen Vorlauf für die elektronische Übermittlung Ihres Teilnahmeantrags. Teilnahmeanträge, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen.

F) **Bewerbergemeinschaften**

Bewerbergemeinschaften sind zugelassen (vgl. § 43 VgV). Eine nachträgliche Bildung von Bietergemeinschaften zur Angebotsabgabe führt jedoch zwingend zum Angebotsausschluss.

G) **Eignungsleihe (andere Unternehmen)**

Der Bewerber kann sich bei der Erfüllung der Eignungsanforderungen der Fähigkeiten, Ressourcen bzw. Mittel anderer Unternehmen bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen (vgl. § 47 VgV).

H) **Nachunternehmen ohne Eignungsleihe**

Nachunternehmen ohne Eignungsleihe sind mit Abgabe des Teilnahmeantrags zu benennen.

I) **Nachforderungen**

Der AG behält sich das Nachfordern nach Maßgabe des § 56 Abs. 4 VgV vor.

J) **Mehrfachbeteiligungen**

Mehrfachbeteiligungen, d. h. parallele Beteiligung als Einzelbietender und gleichzeitig als Gesellschafter/in einer Bietergemeinschaft, sind unzulässig und führen zum Ausschluss sämtlicher hiervon betroffener Bewerbungen, sofern die betroffenen Bieter nicht nachweisen, dass die Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden.

Mehrfachbeteiligungen von Nachunternehmen sind zulässig, sofern diese keinen maßgeblichen Einfluss auf die Angebotsgestaltung haben. Der AG wird einzelfallbezogen entscheiden, ob ein Ausschluss unter dem Gesichtspunkt einer Wettbewerbsbeeinflussung geboten ist.

2 / ANGABEN BEWERBER

Die Bewerbung erfolgt als

EINZELBEWERBER

☐

[weiter mit Kapitel 2.1]

BEWERBERGEMEINSCHAFT

☐

[weiter mit Kapitel 2.2]

2.1 / EINZELBEWERBER

Name Bewerber (Büro/Unternehmen)		
Ansprechpartner bzw. bevollmächtigter Vertreter für die Bewerbung		
Straße		
PLZ/Ort		
E-Mail (Ansprechpartner)		
Telefon (Ansprechpartner)		
Größe des Wirtschaftsteilnehmers ¹	<input type="checkbox"/> Kleinstunternehmen	<input type="checkbox"/> Mittleres Unternehmen
	<input type="checkbox"/> Kleines Unternehmen	<input type="checkbox"/> Großunternehmen
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer		

¹ Die Einordnung der Größe des Wirtschaftsteilnehmers erfolgt gemäß dem Statistischen Bundesamt wie folgt:
Kleinstunternehmen (K): bis 9 Beschäftigte und bis 2 Mio. € Umsatz;
Kleines Unternehmen (KU): bis 49 Beschäftigte und bis 10 Mio. € Umsatz;
Mittleres Unternehmen (MU): bis 249 Beschäftigte und bis 50 Mio. € Umsatz;
Großunternehmen (G): über 249 Beschäftigte oder über 50 Mio. € Umsatz.

2.2 / BEWERBERGEMEINSCHAFT

- A) Von Bewerbergemeinschaften ist ein gemeinsamer Teilnahmeantrag auszufüllen.
- B) Mit dem Teilnahmeantrag ist eine von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft unterzeichnete Bewerbergemeinschaftserklärung als Nachweis, dass die Bewerbergemeinschaft auf die Mittel aller Mitglieder tatsächlich zugreifen kann, einzureichen (vgl. **Anlage C1**).
- C) Weiterhin sind verschiedene Nachweise und Erklärungen von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft gesondert zu erbringen, dabei ist deutlich zu machen, welche Angaben von welchem Mitglied der Bewerbergemeinschaft stammen.

NAME DER BEWERBERGEMEINSCHAFT

--

<input type="checkbox"/>	Die Anlage C1 – Bewerbergemeinschaftserklärung ist dem Teilnahmeantrag beigelegt.
--------------------------	---

2.3 / EIGNUNGSLEIHE

- A) Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, ist nachzuweisen, dass der Bewerber auf die Mittel des anderen Unternehmens tatsächlich zugreifen kann (vgl. § 47 VgV). Hierzu ist die Verpflichtungserklärung Eignungsleihe für jedes andere Unternehmen auszufüllen und dem Teilnahmeantrag beizufügen (vgl. **Anlage C2**).
- B) Erfüllt das andere Unternehmen das/die entsprechende/n Eignungskriterium/-kriterien nicht oder liegt ein Ausschlussgrund nach § 123 oder § 124 GWB vor, muss der Bewerber das andere Unternehmen innerhalb einer Frist von 6 Tagen ersetzen.

<input type="checkbox"/>	Die Anlage C2 – Verpflichtungserklärung Eignungsleihe ist dem Teilnahmeantrag beigelegt.
--------------------------	--

2.4 / AUSKÜNFTE NACH GWB

- A) Sollten Ausschlussgründe nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vorliegen, so wird der Bewerber nach Prüfung dieser vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.
- B) Falls Ausschlussgründe nach **§ 123 GWB** und/oder **§ 124 GWB** vorliegen, sind für eine Selbstreinigung gemäß **§ 125 GWB** die entsprechenden Nachweise der Bewerbung unaufgefordert beizulegen.

<input type="checkbox"/>	Der Bewerber erklärt, dass keine zwingenden Ausschlussgründe nach § 123 GWB vorliegen.
--------------------------	--

<input type="checkbox"/>	Der Bewerber erklärt, dass keine fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen.
--------------------------	--

2.5 / VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG HVTG

Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG) vom 12. Juli 2021, GVBl. S. 338

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn entsprechend den Vorgaben des § 4 HVTG zur Zahlung des Mindestlohns gemäß § 20 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) bzw. des Tariflohns nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) nicht auf Beschäftigte bezieht, die bei einem Bieter oder Nachunternehmen im EU-Ausland beschäftigt sind und die Leistung im EU-Ausland erbringen.

1) Ich/Wir verpflichte/n mich/uns,

- meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts zu gewähren, die dem jeweils geltenden Tarifvertrag nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 HVTG oder der jeweils geltenden Rechtsverordnung nach § 4 Abs. 1 Nr. 3 HVTG entsprechen. Soweit die Leistungen nicht von Abs. 1, sondern von § 4 Abs. 2 HVTG erfasst werden, verpflichte/n ich/wir mich/uns, bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Entgelt und die Leistungen zu gewähren, die den Vorgaben des MiLoG entsprechen. Ich/wir nehme/n weiterhin zur Kenntnis, dass bei Vorliegen von Anhaltspunkten dafür, dass gegen diese Verpflichtungen verstoßen wird, auf Anforderung dem öffentlichen Auftraggeber oder dem Besteller deren Einhaltung nachzuweisen ist.
- meinen / unseren Beschäftigten bei der Ausführung einer Leistung über Verkehrsleistungen und freigestellte Schülerverkehre mindestens das in Hessen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung und der für entgeltrelevant erklärten Bestandteile dieser Tarifverträge zu zahlen und Erhöhungen während der Ausführungszeit vorzunehmen. Ausgenommen hiervon sind Auszubildende.

2) Ich/Wir erkläre/n,

dass ich/wir nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG (Bußgeldvorschriften) mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin/sind und damit nicht die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Auftragsvergabe nach § 19 Abs. 1 und 3 MiLoG vorliegen.

3) Ich/Wir verpflichte/n mich/uns,

für den Fall des Einsatzes von Nachunternehmen, die Erfüllung der Verpflichtungen nach den §§ 4 und 5 HVTG durch die Nachunternehmen sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber nach Auftragserteilung, spätestens vor Beginn der Ausführung der Leistung durch das Nachunternehmen, eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmens im vorstehenden Sinne vorzulegen. Gleiches gilt, wenn ich/wir oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetze(n)/einsetzt. Diese Verpflichtung gilt entsprechend auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen.

4) Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

dass ein nachweislich schuldhafter Verstoß gegen meine/unsere Verpflichtungen

- ♦ den Ausschluss meines/unseres Unternehmens von diesem Vergabeverfahren zur Folge haben kann,
- ♦ den Ausschluss meines/unseres Unternehmens für die Dauer von bis zu drei Jahren von der Vergabe öffentlicher Aufträge der ausschließenden Vergabestelle zur Folge haben kann,
- ♦ ein solcher Verstoß eine schwere Verfehlung nach § 17 Abs. 2 HVTG darstellt, die gemäß § 17 Abs. 9 HVTG der Informationsstelle bei der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main mitgeteilt wird,
- ♦ nach Vertragsschluss den Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung berechtigen kann.



Mit der Abgabe des unterzeichneten Teilnahmeantrags verpflichtet sich der Bewerber bzw. verpflichten sich alle Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft verbindlich zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12. Juli 2021, GVBl. S. 338.

2.6 / EIGENERKLÄRUNG RUSSLANDSANKTIONEN

Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2025/1494 des Rates vom 18. Juli 2025

- 1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG sowie unter Titel VII der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:
 - a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
 - b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
 - c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.
- 2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für
 - a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
 - b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
 - c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
 - d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
 - e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
 - f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.
- 3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.
- 4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

<input type="checkbox"/>	Mit der Abgabe des unterzeichneten Teilnahmeantrags erklärt der Bewerber bzw. alle Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft verbindlich, nicht zu den in Artikel 5k Absatz 1 der vorgenannten Verordnung genannten Personen oder Unternehmen zu gehören.
--------------------------	---

3 / BERUFSSTAND

3.1 / HANDELS- / PARTNERSCHAFTSREGISTER

- A) Für die Einreichung des Teilnahmeantrags sind die nachfolgenden Eigenerklärungen ausreichend. Ein entsprechender Auszug aus dem Handels-/ Partnerschaftsregister ist erst im Auftragsfall vorzulegen.
- B) Bei Unternehmen mit einem Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ist im Auftragsfall ein Auszug aus dem jeweiligen Handels-/ Partnerschaftsregister und die Bescheinigungen oder Erklärungen über die Berufsausübung gemäß Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU vorzulegen.
- C) Für Bewerbergemeinschaften ist die Anlage C1 zu verwenden.

<input type="checkbox"/>	Der Bewerber erklärt, im untenstehenden Handels-/ Partnerschaftsregister eingetragen zu sein.	
	Register/ Nummer	
<input type="checkbox"/>	Der Bewerber erklärt, nicht im Handels-/ Partnerschaftsregister eingetragen zu sein.	

4 / LEISTUNGSFÄHIGKEIT

4.1 / HAFTPFLICHTVERSICHERUNG

A) **Mindestdeckungssummen:**

- ◆ Personenschäden: 3.000.000 EUR (pro Schadensfall, min. 2-fache Jahresmaximierung)
- ◆ Sachschäden: 3.000.000 EUR (pro Schadensfall, min. 2-fache Jahresmaximierung)

<input type="checkbox"/>	<p>Der Bewerber erklärt, dass eine Haftpflichtversicherung mit den oben genannten Mindestdeckungssummen bei einem in der EU zugelassenen Versicherer vorliegt bzw. dass falls eine bestehende Haftpflichtversicherung die o.g. Mindestdeckungssummen nicht enthält, im Auftragsfall eine solche Haftpflichtversicherung abgeschlossen wird.</p> <p>Eine bestehende Versicherungspolice ist beigelegt.</p>
--------------------------	---

4.2 / JAHRESUMSATZ

A) Eigenerklärung über den Netto-Gesamtumsatz in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags.

B) Im Fall einer Bewerbergemeinschaft (vgl. Kapitel 2.2) sowie bei Eignungsleihe (vgl. Kapitel 2.3) sind die Angaben in der jeweiligen Anlage C1/C2 anzugeben.

C) **Mindestkriterien:**

- ◆ Technische Ausrüstung für die Anlagengruppen 1-3; 8: Durchschnittlicher Jahresumsatz (netto) für die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre in Höhe von 100.000 EUR (in Summe mind. 300.000 EUR)
- ◆ Technische Ausrüstung für die Anlagengruppen 4-6: Durchschnittlicher Jahresumsatz (netto) für die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre in Höhe von 100.000 EUR (in Summe mind. 300.000 EUR)

J A H R	2 0 2 3	2 0 2 4	2 0 2 5
Technische Ausrüstung für die ALG 1-3; 8 Netto-Gesamtumsatz			
Technische Ausrüstung für die ALG 4-6 Netto-Gesamtumsatz			

4.3 / FESTANGESTELLTE BESCHÄFTIGTE

- A) Erklärung zu den durchschnittlich festangestellten Beschäftigten zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrags und in den beiden davor liegenden Jahren mit Qualifikation und Berufserfahrung bezogen auf die ausgeschriebene oder vergleichbare Leistung.
- B) Im Fall einer Bewerbergemeinschaft (vgl. Kapitel 2.2) sowie bei Eignungsleihe (vgl. Kapitel 2.3) sind die Angaben in der jeweiligen Anlage anzugeben. Zum Nachweis der Erfüllung der Mindestvoraussetzungen werden die jeweiligen Angaben des Bewerbers, der Bewerbergemeinschaft bzw. bei Eignungsleihe addiert.
- C) **Mindestkriterien:**
- ♦ Mind. 2 festangestellte Ingenieure / TGA-Fachplaner für die Anlagengruppen 1-3; 8 (mit entsprechendem berufsqualifizierendem Abschluss) mit mindestens 5 Jahren Berufserfahrung
 - ♦ Mind. 2 festangestellte Ingenieure / TGA-Fachplaner für die Anlagengruppen 4-6 (mit entsprechendem berufsqualifizierendem Abschluss) mit mindestens 5 Jahren Berufserfahrung

J A H R	2 0 2 4	2 0 2 5	2 0 2 6
Festangestellte Ingenieure / TGA-Fachplaner für die ALG 1-3; 8 mit mind. 5 Jahren Berufserfahrung			
Festangestellte Ingenieure / TGA-Fachplaner für die ALG 4-6 mit mind. 5 Jahren Berufserfahrung			

4.4 / REFERENZEN

- A) Der Nachweis der geforderten Referenzen erfolgt durch Eintragung in den nachfolgenden Referenzblättern. Die Prüfung der Referenzen erfolgt nur für die dort eingetragenen Projekte. Allgemeine Referenzlisten werden nicht berücksichtigt.
- B) Der Bewerber hat zur Darlegung der Eignung gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV Referenzen in Bezug auf die folgenden Bereiche darzulegen:
- ◆ Referenzkategorie 1 – Anlagengruppen 1-3 und 8
 - 1 Referenz – Bauen im Bestand
 - 1 Referenz – Neubau / Erweiterungsbau
 - ◆ Referenzkategorie 2 – Anlagengruppen 4-6
 - 1 Referenz – Bauen im Bestand
 - 1 Referenz – Neubau / Erweiterungsbau
- (4 wertungsfähige Referenzen = gesamt max. 140 Punkte)
- C) Aus Sicht des Auftraggebers ist die vorgenannte Anzahl an Referenzen ausreichend. Der Auftraggeber wird, bei Abgabe von mehr als den geforderten Referenzen, die Referenz mit der höchsten Punktzahl in die Wertung einbeziehen. Ein Referenzprojekt darf in mehreren Kategorien vorgelegt werden. Ein Referenzprojekt darf innerhalb einer Kategorie jedoch nicht mehrfach eingereicht werden.
- D) Die jeweiligen Mindestkriterien müssen erreicht werden, damit die jeweilige Referenz einer Punktwertung unterzogen werden kann:
- Mindestkriterien Kategorie 1 – Anlagengruppen 1-3 und 8**
- ◆ Realisierung der Anlagengruppen 1-3; 8 gem. § 53 Abs. 2 HOAI
 - ◆ Fertigstellung der LPH 8 gemäß § 55 Abs. 1 HOAI innerhalb der letzten 8 Jahre
(Stichtag: Zeitpunkt der Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge)
- Weitere Mindestkriterien für Referenz 1 oder 2
- ◆ Öffentlicher Auftraggeber oder Auftraggeber mit Anwendung des Vergaberechts
- Mindestkriterien Kategorie 2 – Anlagengruppen 4-6**
- ◆ Realisierung der Anlagengruppen 4-6 gem. § 53 Abs. 2 HOAI
 - ◆ Fertigstellung der LPH 8 gemäß § 55 Abs. 1 HOAI innerhalb der letzten 8 Jahre
(Stichtag: Zeitpunkt der Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge)
- Weitere Mindestkriterien für Referenz 3 oder 4
- ◆ Öffentlicher Auftraggeber oder Auftraggeber mit Anwendung des Vergaberechts
- E) Unter Berücksichtigung der angegebenen Mindest- und Höchstzahl werden die entsprechenden Bewerber mit den meisten Punkten zur Angebotsabgabe aufgefordert. Erfüllen mehrere Bewerber auf dem letztmöglichen Rang gleichermaßen die Anforderungen, wird die Auswahl durch einen Losentscheid getroffen (vgl. § 75 Abs. 6 VgV).
- F) Die geforderten Angaben sollen plausibel und nachvollziehbar sowie mit Bezugnahme der gemachten Angaben in einer Projektbeschreibung (max. 2 DIN-A4 Seiten) dargestellt werden.

ERWEITERUNG UND GESAMTSANIERUNG KÄTHE-KOLLWITZ-SCHULE
C – TEILNAHMEANTRAG | TECHNISCHE AUSRÜSTUNG

REFERENZ 1 – BAUEN IM BESTAND – ALG 1-3;8

Leistungserbringer	
Projektbezeichnung / Ort	
Name und Adresse des Auftraggebers	

MINDESTKRITERIEN

Bauen im Bestand	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein [Ausschluss]
Realisierung der Anlagengruppen 1-3; 8 gem. § 53 Abs. 2 HOAI	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein [Ausschluss]
Fertigstellung der LPH 8 gemäß § 55 Abs. 1 HOAI innerhalb der letzten 8 Jahre (Stichtag: Zeitpunkt der Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge)	<input type="checkbox"/> Ja, Fertigstellung _____ (MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Nein [Ausschluss]

WEITERE MINDESTKRITERIEN (ZU ERFÜLLEN IN REFERENZ 1 ODER 2)

Öffentlicher Auftraggeber / Auftraggeber mit Anwendung des Vergaberechts	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
---	--

PUNKTEWERTUNG (WENN DIE MINDESTKRITERIEN ERFÜLLT SIND)

Referenz ist dem Nutzungsbereich „Schulen mit durchschnittlichen Planungsanforderungen“ oder „Schulen mit hohen Planungsanforderungen“ gemäß der Anlage 10 Nr. 10.2 HOAI zuzuordnen	<input type="checkbox"/> Hohe Anforderung [10P] <input type="checkbox"/> Durchschnittlichen Anforderung [5P] <input type="checkbox"/> Anderer Nutzungsbereich [0P]
Referenz beinhaltet nachhaltige Ansätze im Bereich der technischen Ausstattung, z.B. nachhaltige Wärmeerzeugung, innovative Lüftungssysteme, energieeffiziente Gebäudeautomation etc.	<input type="checkbox"/> Ja [10P] <input type="checkbox"/> Nein [0P]
Bruttogrundfläche	<input type="checkbox"/> ≥ 2.500 m² [10P] <input type="checkbox"/> < 2.500 m² [5P] BGF: _____ m²
Energetische Sanierung	<input type="checkbox"/> Ja [10P] <input type="checkbox"/> Nein [0P]

BEIGEFÜGTE UNTERLAGEN

Projekt-/ Baubeschreibung mit Bezugnahme auf die oben gemachten Angaben (max. 2 DIN-A4 Seiten)	<input type="checkbox"/> Ja
--	-----------------------------

ERWEITERUNG UND GESAMTSANIERUNG KÄTHE-KOLLWITZ-SCHULE
C – TEILNAHMEANTRAG | TECHNISCHE AUSRÜSTUNG

REFERENZ 2 – NEUBAU/ERWEITERUNGSBAU – ALG 1-3;8

Leistungserbringer	
Projektbezeichnung / Ort	
Name und Adresse des Auftraggebers	

MINDESTKRITERIEN

Neubau / Erweiterungsbau	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein [Ausschluss]
Realisierung der Anlagengruppen 1-3; 8 gem. § 53 Abs. 2 HOAI	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein [Ausschluss]
Fertigstellung der LPH 8 gemäß § 55 Abs. 1 HOAI innerhalb der letzten 8 Jahre (Stichtag: Zeitpunkt der Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge)	<input type="checkbox"/> Ja, Fertigstellung _____ (MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Nein [Ausschluss]

WEITERE MINDESTKRITERIEN (ZU ERFÜLLEN IN REFERENZ 1 ODER 2)

Öffentlicher Auftraggeber / Auftraggeber mit Anwendung des Vergaberechts	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
---	--

PUNKTEWERTUNG (WENN DIE MINDESTKRITERIEN ERFÜLLT SIND)

Referenz ist dem Nutzungsbereich „Schulen mit durchschnittlichen Planungsanforderungen“ oder „Schulen mit hohen Planungsanforderungen“ gemäß der Anlage 10 Nr. 10.2 HOAI zuzuordnen	<input type="checkbox"/> Hohe Anforderung [10P] <input type="checkbox"/> Durchschnittlichen Anforderung [5P] <input type="checkbox"/> Anderer Nutzungsbereich [0P]
Referenz beinhaltet nachhaltige Ansätze im Bereich der technischen Ausstattung, z.B. nachhaltige Wärmeerzeugung, innovative Lüftungssysteme, energieeffiziente Gebäudeautomation etc.	<input type="checkbox"/> Ja [10P] <input type="checkbox"/> Nein [0P]
Bruttogrundfläche	<input type="checkbox"/> ≥ 2.500 m² [10P] <input type="checkbox"/> < 2.500 m² [5P]
	BGF: _____ m²

BEIGEFÜGTE UNTERLAGEN

Projekt-/ Baubeschreibung mit Bezugnahme auf die oben gemachten Angaben	<input type="checkbox"/> Ja
--	-----------------------------

ERWEITERUNG UND GESAMTSANIERUNG KÄTHE-KOLLWITZ-SCHULE
C – TEILNAHMEANTRAG | TECHNISCHE AUSRÜSTUNG

REFERENZ 3 – BAUEN IM BESTAND – ALG 4-6

Leistungserbringer	
Projektbezeichnung / Ort	
Name und Adresse des Auftraggebers	

MINDESTKRITERIEN

Bauen im Bestand	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein [Ausschluss]
Realisierung der Anlagengruppen 4-6 gem. § 53 Abs. 2 HOAI	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein [Ausschluss]
Fertigstellung der LPH 8 gemäß § 55 Abs. 1 HOAI innerhalb der letzten 8 Jahre (Stichtag: Zeitpunkt der Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge)	<input type="checkbox"/> Ja, Fertigstellung _____ (MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Nein [Ausschluss]

WEITERE MINDESTKRITERIEN (ZU ERFÜLLEN IN REFERENZ 3 ODER 4)

Öffentlicher Auftraggeber / Auftraggeber mit Anwendung des Vergaberechts	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
---	--

PUNKTEWERTUNG (WENN DIE MINDESTKRITERIEN ERFÜLLT SIND)

Referenz ist dem Nutzungsbereich „Schulen mit durchschnittlichen Planungsanforderungen“ oder „Schulen mit hohen Planungsanforderungen“ gemäß der Anlage 10 Nr. 10.2 HOAI zuzuordnen	<input type="checkbox"/> Hohe Anforderung [10P] <input type="checkbox"/> Durchschnittlichen Anforderung [5P] <input type="checkbox"/> Anderer Nutzungsbereich [0P]
Referenz beinhaltet nachhaltige Ansätze im Bereich der technischen Ausstattung, z.B. Photovoltaikanlagen	<input type="checkbox"/> Ja [10P] <input type="checkbox"/> Nein [0P]
Bruttogrundfläche	<input type="checkbox"/> ≥ 2.500 m² [10P] <input type="checkbox"/> < 2.500 m² [5P] BGF: _____ m²
Energetische Sanierung	<input type="checkbox"/> Ja [10P] <input type="checkbox"/> Nein [0P]

BEIGEFÜGTE UNTERLAGEN

Projekt-/ Baubeschreibung mit Bezugnahme auf die oben gemachten Angaben (max. 2 DIN-A4 Seiten)	<input type="checkbox"/> Ja
--	-----------------------------

ERWEITERUNG UND GESAMTSANIERUNG KÄTHE-KOLLWITZ-SCHULE
C – TEILNAHMEANTRAG | TECHNISCHE AUSRÜSTUNG

REFERENZ 4 – NEUBAU/ERWEITERUNGSBAU – ALG 4-6

Leistungserbringer	
Projektbezeichnung / Ort	
Name und Adresse des Auftraggebers	

MINDESTKRITERIEN

Neubau / Erweiterungsbau	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein [Ausschluss]
Realisierung der Anlagengruppen 4-6 gem. § 53 Abs. 2 HOAI	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein [Ausschluss]
Fertigstellung der LPH 8 gemäß § 55 Abs. 1 HOAI innerhalb der letzten 8 Jahre (Stichtag: Zeitpunkt der Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge)	<input type="checkbox"/> Ja, Fertigstellung _____ (MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Nein [Ausschluss]

WEITERE MINDESTKRITERIEN (ZU ERFÜLLEN IN REFERENZ 3 ODER 4)

Öffentlicher Auftraggeber / Auftraggeber mit Anwendung des Vergaberechts	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
---	--

PUNKTEWERTUNG (WENN DIE MINDESTKRITERIEN ERFÜLLT SIND)

Referenz ist dem Nutzungsbereich „Schulen mit durchschnittlichen Planungsanforderungen“ oder „Schulen mit hohen Planungsanforderungen“ gemäß der Anlage 10 Nr. 10.2 HOAI zuzuordnen	<input type="checkbox"/> Hohe Anforderung [10P] <input type="checkbox"/> Durchschnittlichen Anforderung [5P] <input type="checkbox"/> Anderer Nutzungsbereich [0P]
Referenz beinhaltet nachhaltige Ansätze im Bereich der technischen Ausstattung, z.B. Photovoltaikanlagen	<input type="checkbox"/> Ja [10P] <input type="checkbox"/> Nein [0P]
Bruttogrundfläche	<input type="checkbox"/> ≥ 2.500 m² [10P] <input type="checkbox"/> < 2.500 m² [5P]
BGF: _____ m²	

BEIGEFÜGTE UNTERLAGEN

Projekt-/ Baubeschreibung mit Bezugnahme auf die oben gemachten Angaben	<input type="checkbox"/> Ja
--	-----------------------------

5 / BESTÄTIGUNG

5.1 / BESTANDTEILE DES TEILNAHMEANTRAGS

Unserem C - Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen beigelegt:

- ☐ C1 - Bewerbungsgemeinschaftserklärung (nur bei Bietergemeinschaften einzureichen)
- ☐ C2 - Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (nur bei Eignungsleihe einzureichen)
- ☐ C3 - Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer (nur bei Einbeziehung eines Unterauftragnehmers einzureichen)
- ☐ Nachweis Berufshaftpflichtversicherung
- ☐ Projektbeschreibung Referenzprojekte

5.2 / BESTÄTIGUNG

Hiermit bewirbe/n ich mich/wir uns zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren für die ausgeschriebenen Leistungen.

Ich/Wir erkläre/n, dass alle vorstehenden Angaben und Eigenerklärungen in diesem Teilnahmeantrag keine wesentlich falschen Angaben enthalten und nach bestem Wissen und Gewissen erstellt wurden. Mir/Uns ist bekannt, dass wesentlich falsch gemachte Angaben zum Ausschluss führen.

Ich bin/Wir sind bereit, auf Anforderung des Auftraggebers meine/unsere Angaben durch weitere geeignete Nachweise zu belegen.

--	--

Ort, Datum

Erklärender im Sinne des § 126 b BGB

6 / ANLAGEN

- ◆ C1 – Bewerbergemeinschaftserklärung
(Nur bei Bewerbergemeinschaften einzureichen, vgl. Kapitel 2.2)
- ◆ C2 – Verpflichtungserklärung Eignungsleihe
(Nur bei Eignungsleihe einzureichen, vgl. Kapitel 2.3)
- ◆ C3 – Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer